

Zusammenarbeit

Autor(en): **Nobs, Ernst**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **20 (1940-1941)**

Heft 1

PDF erstellt am: **19.03.2021**

Persistenter Link: <http://doi.org/10.5169/seals-333874>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

20. JAHRGANG — SEPTEMBER 1940 — HEFT 1

Zusammenarbeit

Von Ernst Nobs

Bei der heutigen Aussprache über politische *Zusammenarbeit* liegt die Betonung auf dem Gegensatz zum *Einander-Entgegenarbeiten*. Es gibt Entwicklungsperioden, deren Eigenart es ist, die Gegensätze herauszuarbeiten, sie zu akzentuieren und auszutragen. Andere Epochen erwirken den Fortschritt im Abbau der Gegensätze, in der Verständigung auf das Gemeinsame und in der Verwirklichung dessen, was man miteinander für notwendig und erstrebenswert hält. Beide Methoden haben ihre Zeit und ihre Rechtfertigung. Das alte Spiel zwischen Regierung und Opposition braucht nicht unbedingt zur Überbetonung des Unterschiedlichen und zur gegenseitigen Aufhebung der Kräfte und damit zur politischen Stagnation, zur Lähmung zu führen. Die englische Demokratie – sie bleibt eine Form der Demokratie trotz aller Vorbehalte, die wir ihr gegenüber zu machen haben – hat die Opposition zur Regierung nicht nur als im staatlichen Interesse liegend anerkannt, sondern sie geradezu zu einem System ausgebaut, das dem ersten Vertrauensmann der Opposition eine mit großen Auszeichnungen verbundene Stellung im Staate, nicht bloß im Parlament, zuerkennt. In der Schweiz war man weniger liberal. Hier haben die Parteien, so wie sie einander folgend aus der Opposition zur Regierung aufrückten, die oppositionellen Kräfte gerne dem Volk als Zleidwercher, als unfruchtbare Kritiker, als Saboteure am Staate und Feinde der Gesellschaft denunziert. Es bedurfte eines zweiten Weltkrieges, einer mit großen Opfern verbundenen, langen Grenzbesetzung und einer von Tag zu Tag schwieriger werdenden wirtschaftlichen Lage, um dem Gedanken der Zusammenarbeit kräftigen Auftrieb zu geben. Vor allem war es der gemeinsame Wille aller, die Unabhängigkeit des Landes unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu verteidigen und aufrechtzuerhalten, der die politische Zusammenarbeit gebieterisch verlangte und damit die Zügelung der inneren Auseinandersetzung, wenn die Schweiz inmitten einer gigantischen europäischen Katastrophe nicht untergehen sollte.

* * *

Es scheint Übereinstimmung darüber zu bestehen, daß die Aufrechterhaltung unserer nationalen Unabhängigkeit zwar das vornehmste, größte Ziel unserer schweizerischen Gegenwart bezeichnet, daß dieser Aufgabe aber sich eine Reihe weiterer Zielpunkte anschließen und verwirklicht werden müssen, wenn Volk und Staat nicht Schaden nehmen sollen. An diesem Punkte hat demokratische Zusammenarbeit ihre große Probe zu bestehen. Zusammenguß der Parteien zu einer allgemeinen Koalition, eine Einheitspartei gar mit der Zielsetzung der politischen und wirtschaftlichen Konservation wäre Unsinn, bedeutete die Konstituierung einer abserbelnden Sterbegesellschaft, wäre der Tod der Parteien und der Demokratie! Niemand will das. Jedermann erkennt, daß es die politischen Überzeugungs- und Willensgemeinschaften der Parteien sind, in denen der stimmberechtigte freie Staatsbürger sich organisieren und auf diese Weise Einfluß auf das Staatsganze gewinnen kann und soll. In der heutigen und künftigen Gesellschaft ist Demokratie nicht möglich ohne Freiheit der politischen Organisation. Durch die Verständigung und Zusammenarbeit der Parteien zur Lösung der dringlichsten wirtschaftlichen, sozialen, politischen Probleme dieser Zeit geben sie von ihren Gesinnungen und Programmen, von ihrer Selbstständigkeit und Unabhängigkeit nichts preis. Diese Verständigung aber und diese Zusammenarbeit sind das Gebot der Stunde, wenn aus dem Versagen vor den Notwendigkeiten dieser Zeit nicht eine eidgenössische Regierungskrise und daraus die Krise des Staates werden soll. Nun scheinen alle darin einig zu sein, daß man mit dem Beharren nicht weiterkomme. Es müsse endlich und endgültig gehandelt werden. Wenn nicht ein besseres Tempo zu erreichen sei, werde das träge bundesrätliche Paßwort «Weniger lafern und mehr liefern!» an seinen Ausgangspunkt zurückkehren.

* * *

Wie allgemein der Wunsch nach Änderung geworden ist, geht daraus hervor, daß Wendungen, wie die folgenden, heute in jedem schweizerischen Zeitungsblatt und darauf selbstverständlich in jedem Bahnwagen und in jeder Versammlung zu hören sind: Umbruch, Erneuerung, europäische Revolution, Regeneration, Zeitenwende, Anbruch einer neuen Zeit, Ablegen des alten Menschen, es muß etwas gehen, es geht ums Ganze usw. Hier ein paar Pressestimmen:

«In Europa wirken revolutionäre Kräfte, die für unseren ganzen Kontinent den Übergang zu einem neuen Zeitgeist bedeuten . . . Die Grundlagen unserer wirtschaftlichen Tätigkeit werden durch die sich vollziehende Umschichtung der politischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse maßgebend verändert . . . Unter dem System der Wehrwirtschaft fällt aber dieser obersten Leistungsstufe, dem Staat, eine einzigartige Führungsaufgabe zu.»

(«NZZ», 22. Juli 1940, E. Hs. Mahler.)

«Die Tatsache der Revolution neu heraufsteigender Sozialordnung gegen das bisher Herrschende, gegen das Bestehende wird nur noch von wenigen und von den wenig oder nichts Sehenden geleugnet . . . Es gibt nur eine einzige Form und Möglichkeit der Überwindung der Gegensätze von links und rechts, und das ist der wirtschaftliche Ausgleich sans phrase. Sicherlich

brauchen wir neue Methoden der sozialen Arbeit und vor allen Dingen der Verteilung des Sozialproduktes . . .» («Nat.-Zeitung», 27./28. Juli 1940.)

«Der Neubau des Vaterlandes.» (Prof. Laur in einem Artikel zum 1. August 1940.) In einem andern Artikel schreibt der gleiche Verfasser über Deutschland, daß dort der Staatskapitalismus durch den Volkssozialismus ersetzt werden solle.

«Als Schweizer handeln heißt: Seinem Lande dienen, in jedem Nachbarn den Menschen erblicken, auch im Fremden seine Überzeugung achten, mehr denn je die Tugend der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit üben, die überlieferte Qualität unserer Arbeit hochhalten.»

(General Guisan in seiner Rütliansprache vom 1. August 1940.)

«Angesichts dieser Lage scheint uns auch auf dem Wege der Preis- und Lohnpolitik eine weitherzigere Einstellung notwendig zu sein. Wir leisten der Wirtschaftsbelebung keinen Dienst, wenn wir die Preise und Löhne auf der ganzen Linie drosseln.»

(Eingabe des Schweiz. Gewerbeverbandes an den Bundesrat vom Juli 1940.)

«Die Zeitforderungen müssen unverzüglich erfüllt werden entweder durch die alten Parteien, die das Ruder in Händen haben, oder durch eine radikale Aktion. Man behellige uns aber nicht mit dem Vorwurf, die Zusammenarbeit zu stören, wenn uns kein anderer Weg bleibt als eben die radikale Aktion.» (Gottlieb Duttweiler in der «Tat» vom 17./18. August 1940.)

«Dann glaubten viele, es gehe nun im alten Tramp weiter. Aber sie täuschten sich. Jetzt ist die große Zeitenwende in Europa, ja in der ganzen Welt, Wirklichkeit geworden, ernsteste, nackteste Wirklichkeit . . .»

(«Zürcher Bauer», 2. Juli 1940.)

«Im Zeichen der neuen Zeit.»

(Schweiz. Freisinniger Pressedienst, 10. Juli 1940.)

«Die lebendige Demokratie verlangt Taten . . . Eine Verjüngung des heutigen freisinnigen Areopags und die Einbeziehung der größten Erwerbschichten in die Landesregierung sind aber unerläßlich für die Glaubwürdigkeit der Wandlung zur lebendigen Demokratie.» («Landbote», 9. Aug. 1940.)

«Neue Formen sozialer Ordnung drängen sich daher auf . . .»

(«National-Zeitung», 1. August 1940.)

Der neue Bund bedarf einer Kräftegruppierung, «welche die Notwendigkeit eines starken Gesamtstaates und einer neuen sozialen Ordnung nicht nur einsieht, sondern auch gemäß dieser Einsicht bald und wirksam handelt».

(Jungliberale Bewegung, Erich Lohner, «NZZ», 5. August 1940.)

«Möge die Schweiz, klein an Ausmaß, aber groß in der Gesinnung, der Zeuge sein, der durch sein Beispiel die Möglichkeit und das Primat menschlichen Zusammenwirkens in der Arbeit, in der Solidarität und im Frieden gibt.»

(Bundespräsident Pilet am 1. August 1940.)

Diese Zitate sind für die Untergangs- und Erneuerungsstimmung unserer Zeit typisch. Sie könnten aus den Verlautbarungen dieses Jahres ver Hundertfacht werden.

* * *

Die obige Zitatenlese zeigt, in welchem starkem Maße im Kriegsjahr 1940 die Presse aller Parteien dazu beigetragen hat, in unserem Volk die Änderungserwartung und den Änderungswillen hervorzurufen und zu stärken. Diese Stimmung trifft unser Volk nicht unvorbereitet. Die

in den letzten vier Jahrzehnten stark entwickelten gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der schweizerischen Arbeiterschaft haben in unablässiger schriftlicher und mündlicher Werbung für eine bessere soziale Ordnung und eine gerechtere Verteilung des Arbeitsertrages gewirkt. Wenn solche Losungen auf einmal zur Stimme der Allgemeinheit werden, so liegt darin – wir dürfen es ohne Überheblichkeit sagen – der Durchbruch von Grundsätzen in der öffentlichen Meinung, für deren Anerkennung wir Sozialdemokraten von jeher gewirkt haben. Ich halte diese Tatsache jenen einsichtslosen politischen Gegnern entgegen, die in ihrer Verblendung sie nicht einsehen und nicht zugeben wollen und die – sie, die erst seit gestern oder vorgestern sich für eine gerechtere soziale Ordnung einsetzen! – erst noch mit unerträglichem Hochmut die Sozialdemokratische Partei glauben beschimpfen und verhöhnen zu dürfen! Zur Zusammenarbeit gehört auch ein gewisses Maß gegenseitiger Achtung und guter Wille.

Mit den schönen Proklamationen über die Zeitenwende ist aber gar nichts anzufangen, ja, sie werden sogar zu einem Übel und einer großen sozialen Gefahr, wenn sie nicht ehestens zu sehr bestimmten Reformvorschlägen vergegenständlicht und mit klarem Blick und rücksichtsloser Entschlossenheit verwirklicht werden. Ich bin dabei der Meinung, daß sie nicht unter Ausschaltung der Demokratie, jedoch in einem viel besseren Tempo als bisher üblich verwirklicht werden sollten. Man übersehe doch nicht, daß alle schweizerische Gegenwartspolitik das epochale Ringen zwischen der europäischen Mitte und dem Westen zum großartig-düsteren Hintergrunde hat. Es steht zudem ein dritter Faktor, der europäische Osten, abwartend in der Ferne. Handle die Schweiz in dieser Zeit so, wie sie es vor ihrem sozialen Gewissen verantworten kann, fallen die Würfel des Weltgeschehens nun so oder so. Es wird für die Zukunft unserer Volksklassen und unseres schweizerischen Staates noch einmal entscheidend sein, wie wir heute ohne äußeren Zwang und in voller Freiheit des Entschlusses handeln. Darum aber soll man jetzt *handeln*, nicht länger zögern und schwanken und als rechnende, spekulierende Zauderer europäische Entscheidungen abwarten, um sich ihnen anzupassen. Das hieße andere für uns handeln, andere für uns entscheiden lassen!

* * *

Die schweizerische Zeitstimmung gewährt den verantwortlichen Leitern des Bundesstaates, der Bundesregierung, den hinter ihr stehenden koalitierten Parteien, Wirtschaftsgruppen und Fraktionen auch keinen langen Verzug. Man darf nicht monatelang in der eigenen Presse und in den eigenen Reden das Umbruchgeschrei mitmachen, dann aber im Handeln müßig und zweifelnd bleiben! Eine monatelang einem Volk von allen Seiten tausendfach in die Ohren geschriene Kursänderung erzeugt eine Massenströmung, die um so schwerer zu meistern sein wird, je länger man mit den Taten im Rückstand bleibt. Solche Zeitströmungen kennen auch keine Rücksicht auf administrative Schwierigkeiten. Sie fragen nicht danach, ob in entscheidender Zeit ein Departementschef

unglücklicherweise ein Jahr lang krank gewesen sei oder nicht, ob gewisse Vorarbeiten abgeschlossen seien oder nicht, ob diejenigen, die sich über ein Programm verständigt haben müßten, wenn sie es durchsetzen wollen, dies zustande gebracht haben oder nicht. Solche Zeitläufte arten deshalb, wie unsere Helvetik sowohl als die Regeneration zeigen, zeitweilig gerne ins Chaotische aus. Das allgemeine Drunter und Drüber kommt aber der Zeitnotwendigkeit nicht immer zustatten. Es hat häufig für alle Beteiligten und vorab für die Sache des Volkes die unerfreulichsten Auswirkungen gehabt. Für unsere Zeit aber handelt es sich darum, daß jetzt, in diesem Herbst, im kommenden Winter «etwas geschehe».

Nun ist bei uns die Zusammenarbeit in den Gemeinden und Kantonen immer schon leichter und besser verwirklicht worden als im Bunde. Die Gemeinden und Kantone sind nicht belanglos. Von entscheidender Bedeutung ist aber das Zusammenarbeiten im Bunde, weil die Probleme, um die es heute geht, nicht von den Kantonen und Gemeinden auf eigene Faust, sondern nur unter der führenden Mitwirkung des Bundes gelöst werden können. Hier aber ist die Zusammenarbeit noch nicht in dem notwendigen Ausmaß verwirklicht worden, und darum besteht weiter die Frage, ob diese schweizerische Zusammenarbeit überhaupt zeitgemäß verwirklicht werden kann oder nicht. Je nachdem werden die sogenannten historischen Parteien an der schweizerischen Weiterentwicklung weiter beteiligt bleiben oder es wird diese Entwicklung über sie hinweggehen. Es ist offenkundig, welche Kräfte auf die letztere Richtung hinarbeiten. Ihr Erfolg würde das Ende der schweizerischen Demokratie bedeuten. Die Größe dieses Einsatzes sollte nun doch auch jene ewig Unentschlossenen, ewigen Bremser in den alten Parteien überzeugen, daß ihre Zeit vorbei und ihre Rolle ausgespielt ist. Die Sozialdemokratische Partei könnte an keiner Zusammenarbeit teilhaben, die nicht eine Fortschrittsgemeinschaft, sondern bloß eine Stillstandsgesellschaft sein wollte. Es handelt sich wahrlich nicht um Staatsämter und Ehrenstellen! Es geht darum, das unabhängige schweizerische Staatswesen zu erhalten, die wirtschaftliche Existenz des Schweizervolkes unter neuen Weltwirtschaftsverhältnissen sicherzustellen und unter unseren verschiedenen Erwerbsgruppen und Volksklassen ein höheres Maß der sozialen Solidarität zu verwirklichen.

* * *

Man soll das Sofortprogramm der schweizerischen Zusammenarbeit sich nicht schwieriger machen, als nötig ist. Es handelt sich nicht darum, irgend etwas schier Unerfindliches auszutifteln oder die Programmpunkte aus den Wolken herunterzuholen. Es handelt sich nicht um irgend etwas Künstliches, Fernes, Phantastisches. Es geht um einige sehr naheliegende, ganz einfache Dinge, um Aufgaben, die sich aus den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen geradezu aufdrängen, um Lösungen, denen jeder Schweizer von einigermaßen gutem Willen ohne weiteres beipflichten kann und beipflichten muß.

Ich nenne als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit die Arbeitsbeschaffung

unter Mitwirkung der öffentlichen Hand, wobei inskünftig produktionspolitische Gesichtspunkte besser Berücksichtigung finden müßten als in der Vergangenheit.

Hier reiht sich als Notwendigkeit die Ausschaltung der überalterten Arbeitskräfte an. Wir brauchen eine eidgenössische Altersversicherung und können diese nicht länger vertagen. Der Gewerkschaftsbund hat vorgeschlagen, die Finanzierung nach dem System der Lohnausgleichskassen aufzubauen, wobei die Prämien vermutlich kleiner sein könnten als für Lohnausgleich und Erwerbsausfallentschädigung. Die Kantone sind nicht imstande, aus eigenen Kräften eine genügende Altersversicherung zu schaffen. Es muß den kantonalen Versicherungen eine Bundeseinrichtung an die Seite treten. Dafür soll man nicht neuerdings Jahre mit Gutachten vertrödeln. Bei gutem Willen kann sehr rasch gehandelt werden. Eine Zusammenarbeit ohne die rasche Lösung dieser Aufgabe ist gewiß nicht denkbar.

Aus den wirtschaftlichen Verhältnissen ergibt sich weiter der Fragenkomplex Preise – Löhne – Währung – Steuern. Die Schwierigkeit ist nicht damit zu überwinden, daß die Preise beliebig weiter anziehen, die Löhne aber auf dem gleichen Stande bleiben dürfen. Ebenso unmöglich ist ein willkürliches gegenseitiges Überbieten von Preisen und Löhnen. Ein Zerfall der Kaufkraft würde eine wirtschaftliche und politische Katastrophe nach sich ziehen. Die Entwicklung der Preise und Löhne ist im Zaume zu halten. Die Inflation ist zu vermeiden. Keinem Steuerzahler soll Unrecht geschehen, aber das Ausmaß der heutigen Defraudation muß überwunden werden. Wir bedürfen einer einheitlichen Steuerveranlagung im ganzen Lande – besonders auch im Interesse jener Kantone, deren Finanzen seit langem Not leiden – und wir bedürfen der Quellensteuer als Kompensation zur Belastung der Genußmittel für die Zwecke der Altersversicherung.

Kein Schweizer darf sich dabei der Illusion hingeben, daß etwa unser Wettbewerb am Weltmarkt in der Zukunft einen leichteren Stand haben werde als in der Vergangenheit. Es gilt, noch mehr zu leisten als bisher, besonders bleibt die Verpflichtung zur Pflege der höchsten Qualität auf allen Gebieten unseres Exportes und in der Industrie, insbesondere die Förderung der Technik und der neuen Erfindungen. Den notleidenden Sektoren der Wirtschaft (man denke an gewisse Gruppen des Mittelstandes oder der Landwirtschaft) kann der Staat auf die Dauer nicht sozialpolitisch helfen. Es werden aus der Wirtschaft selber die sanierenden Kräfte geweckt und entwickelt werden müssen.

Daß die Kantone dabei nicht untätig bleiben dürfen, ist klar. So hat Zürich eine aus allen Kräften zu fördernde Arbeitsbeschaffung in Aussicht genommen, wobei der Bau eines neuen Kantonsspitals im Kostenbetrag von einigen Dutzend Millionen Franken im Vordergrund steht. Dem Kantonsrat legt die Regierung eine Verbesserung des Finanzausgleichs zwischen Kanton und Gemeinden vor, und nach einer Auskunft, die der Regierungsrat kürzlich dem Kantonsrat erteilt hat, liegt ein Gesetzesentwurf für die Einführung einer kantonalen Altersversicherung vor, der in allernächster Zeit behandelt werden soll. Diese Aufgaben

werden angepackt ohne Geschwätz darüber, ob man zusammenarbeiten wolle oder nicht. Es ist jedem klar, daß große Dinge nur mit vereinten Kräften zu vollbringen sind.

* * *

So möchte ich zum Schluß wohl sagen, daß Zusammenarbeit möglich ist, wenn alle sie wollen und keine dem Volksganzen unerläßliche Kraft sie sabotiert. Der Wille dazu muß aber überall vorhanden sein. Solche Zusammenarbeit wäre freilich unmöglich, wenn eine Partei oder eine Koalition von Parteien mit dem Anspruch auftreten wollte, andere zu bevormunden, zu beherrschen, zu unterjochen. Zusammenarbeit ist nur möglich mit den Mitteln und Methoden der Demokratie und nicht nach autoritären Formen. Damit ist nicht gesagt, daß nicht auch die Methoden der Demokratie da und dort der Korrektur bedürfen. Im Gegenteil, ich glaube gerade mit diesen Darlegungen dargetan zu haben, daß die Methoden der Demokratie insofern der Erneuerung bedürfen, als sie zum Schaden unseres Volkes gerade die Zusammenarbeit bisher nicht in dem wünschenswerten Maß ermöglicht haben.

Nach ihren schweren Wahlniederlagen in den Jahren 1938 und 1939, bei denen alle Frontenanhänger aus den Räten hinausgefegt worden sind, haben die Fronten es noch nicht unternommen, wieder vor die Öffentlichkeit zu treten. Sie werden es unternehmen, und andere neue Organisationen werden ihren Start versuchen. Alle antidemokratischen Bewegungen werden erfolglos bleiben, wenn die im Bundesrat vereinigte Parteienkoalition ohne Verzug zu handeln, ohne Verzug die Grundlagen zu einer verbesserten Zusammenarbeit im Bunde zu schaffen weiß.

Die Vereinbarung der Berner Parteien

(—) Die unter der Bezeichnung einer «Politischen Arbeitsgemeinschaft» bekannt gewordene, am 29. Juli 1940 unterzeichnete Vereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei und den bürgerlichen Parteien des Kantons Bern hat folgenden Wortlaut:

I.

Die durch die jüngsten Ereignisse in Europa entstandene Lage stellt die Schweizerische Eidgenossenschaft vor Aufgaben von besonderer Schwere und Tragweite.

Diese Aufgaben müssen in **schweizerischem** Geiste und nach den Gepflogenheiten eines Volkes gelöst werden, das in angestammter Freiheit **selbst** seine politische Haltung bestimmt.

Nach der bewährten Überlieferung des schweizerischen Volksstaates sind zur Lösung der dem Bund, den Kantonen und den Gemeinden gestellten Aufgaben in erster Linie die **Behörden** und die **politischen Parteien** berufen.

Im Hinblick auf diese Tatsache und die durch den Ernst der Zeit gegebene besondere Lage **vereinbaren die unterzeichneten politischen Par-**